

Erneute Regierungskrise

Mit dem Ausstieg der New Aspiration Party (NAP) unter General Chavalit Yongchaiyudh aus der Regierungskoalition am 8. Dezember steckt die bisherige Fünf-Parteien-Regierung mit Chuan Leekpai von der Democrat Party als Premierminister erneut in der Krise. Grund für den Bruch ist die Weigerung der 52 NAP-Abgeordneten, einer vom Kabinett vorgeschlagenen Änderungen der Artikel 198 und 199 der Verfassung zuzustimmen, welche die Wahl örtlicher Selbstverwaltungsorgane auf allen Ebenen vorsieht und ein Schritt bei der politischen Dezentralisierungspolitik der Chuan-Regierung ist.

Chavalit war zuletzt Innenminister, und sein Ministerium ist am stärksten von dieser

Verfassungsänderung betroffen, da es bisher zentralistisch die örtlichen Verwaltungen kontrolliert. Diese Macht soll an gewählte Gemeinde-, Bezirks- und Provinzräte übertragen werden. Die NAP widersetzt sich nicht grundsätzlich einer solchen Verfassungsänderung. Sie beruft sich auf die Einwände der traditionellen Dorfvorsteher, die ihren Einfluß schwinden sehen, wenn sie extra für den Bezirksrat gewählt werden müßten. Die Dorfvorsteher werden alle fünf Jahre neu gewählt. Bisher wurden sie damit automatisch Mitglied des Bezirksrat.

Am 24. November demonstrierten etwa 4.000 Vorsteher aus den Provinzen und Beschäftigte des Innenministe-

riums vor dem Parlament gegen die geplante Verfassungsänderung. Die NAP hat einen erheblichen Teil ihrer Wählerschaft in den Heimatregionen der Demonstranten.

Beobachter weisen darauf hin, daß es bei dem Widerstand gegen die Verfassungsänderung weniger um den schwindenden Einfluß der Dorfvorsteher geht, sondern vor allem um die Entmachtung der bisherigen Bezirks- und Provinzverwaltungschefs sowie der zuständigen Abteilungen im Innenministerium, die es vorziehen, sich als Herrscher und nicht als hart arbeitende öffentliche Diener zu verhalten. Eine ihrer wichtigsten Funktionen war bisher die Kanalisierung von Entwicklungsgeldern.

vgl. BPW 2.12.S.1, 9.12.S.1/8, 16.12.94 S.1; FEER 15.12.S.16, 22.12.94 S.14f

Neue Regierungskoalition mit Chart Pattana

Am 18. Dezember wurden die neuen Minister durch ein königliches Dekret ernannt und damit die zweite Regierungskrise der Regierung Chuan Leekpais innerhalb von drei Monaten beigelegt (vgl. SOAI 4/94, S. 26). Nach dem Austritt der New Aspiration Party (NAP) aus der Regierungskoalition trat die bisherige Oppositionspartei Chart Pattana Party (CPP) unter dem früheren Premierminister, General Chatchai Choonhavan, der Koalition bei.

Neben einem weiteren stellvertretenden Premierminister

stellt die CPP fünf Minister und acht stellvertretende Minister im Kabinett. Bei der Kabinettsneubildung übernahm Generalmajor Sanan Kachornprasart, Generalsekretär der Democrat Party (DC), das Innenministerium.

Die CPP gehörte bisher zu den schärfsten Kritikern der Chuan-Regierung und war Mitglied eines formell abgeschlossenen Oppositionspaktes. Für die Democrat Party (DC) Chuans und den anderen Koalitionsparteien war die CPP bisher wegen ihrer Unterstützung der Militärjunta

nach dem Putsch von 1991 nicht akzeptabel.

Nach Ansicht von Beobachtern war die DC jedoch dringend an einer Kontinuität der Regierungsarbeit interessiert, die durch Neuwahlen nicht gegeben wären und an denen die Öffentlichkeit z.Zt. nicht interessiert sei. Für die CPP wäre es eine günstige Gelegenheit, ihr Image als demokratische Partei wieder aufzupolieren. Mit der CPP in der Regierung verfügt diese nun über 201 anstatt bisher 194 Sitze im 360 Sitze starken Parlament.

Der Innenminister Sanan bestätigte Berichte, daß er den früheren Führer der Jungtürken, Generalmajor

Manoon Roopkachorn, der in den 80er Jahren einen Putschversuch mitangeführt und anschließend mehrere Jahre im Exil in Deutschland verbracht hatte, zu seinem Berater ernannt hat. Manoon soll ihm bei der Anti-Subversions- und Aufklärungsarbeit beraten.

vgl. BPW 30.12.94 S.1; FEER 22.12. S. 14f, 29.12.94 S. 13

Kurzmeldungen

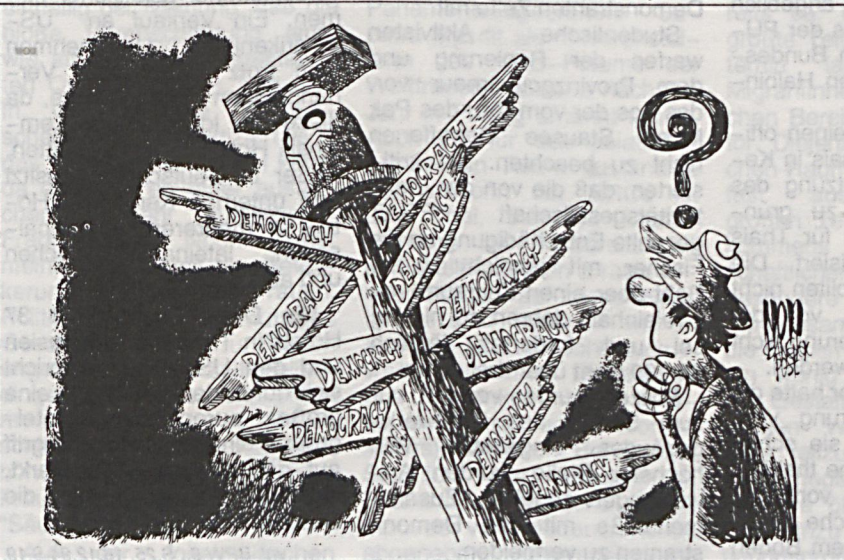
Das thailändische Verteidigungsministerium veröffentlichte ein Weißbuch, in dem das Militär ein klares Bekenntnis zur Demokratie in Thailand abgibt. Unter dem Titel "Die Verteidigung Thailand" nennt es die Verteidigung der Monarchie als wichtigste Aufgabe. Interervenieren würde es nur auf Anweisungen der Regierung. (FEER 29.12.94 S.13)

Angehörige der Opfer des blutigen Mai 1992 sammelten Geld auf einer Veranstaltung an der Thammasat Universität am 1.2., um in einem Zivilgerichtsverfahren gegen den General Suchinda Kraprayoon und andere führende Putschgeneräle Abfindungen in einer Höhe von insgesamt 26 Mio. Baht zu erhalten. Strafrechtlich können sie aufgrund einer bereits am 23. Mai 1992 erlassenen Amnestie nicht mehr verfolgt werden. (BPW 10.2.95 S. 5)

Der im schwedischen Exil lebenden Schriftstellerin aus Bangladesh, Taslima Nasrin, wurde ein Touristenvisum für Thailand verweigert. Nach Informationen aus dem thailändischen Außenministerium, wurde ihr die Einreise wegen möglicher Beunruhigung der islamischen Bevölkerung in Südthailand verweigert. (BPW 20.1.95 S.2)

Das ehemals führende Mitglied der inzwischen aufgelösten kommunistischen Partei Thailands, später Überläufer zum Militär, Prasert Sapsuntorn, ist am 25. Dez. im Alter von 81 Jahren an Herzversagen gestorben. Er galt als Berater von General Chavalit Yongchaiyudh und Kopf der erfolgreichen Befriedungsstrategie gegenüber den Kommunisten. (BPW 6.1.95 S. 5)

Mit durchschnittlichen Gehaltssteigerungen von 11,7% können die Angestellten in Thailand in diesem Jahr rechnen. Im Vorjahr waren es 11%. (BPW 20.1. 95 S.14)



aus: BPW v. 23.12.1994, S. 9

Kurzmeldungen

Das für 1996 geplante **ASEAN-EU-Gipfeltreffen** wird voraussichtlich in Bangkok im Anschluß an das ASEAN-Gipfeltreffen stattfinden. Ursprünglich war für den 15.12.1994 ein solches Treffen vorgesehen, was allerdings verschoben werden mußte. (BPW 13.1.S.6, 3.2.95 S.15)

Eine gemeinsame 10tägige **Luftwaffenübung** veranstalteten die **Verinigten Staaten, Singapur und Thailand** Anfang Januar. Es handelt sich um die erste derartige gemeinsame Übung. (FEER 19.1.95 S.13)

Anläßlich des Besuchs von Außenminister Thaksin Shinawatra am 6.1.95 in Indonesien, sagte der indonesische Außenminister, Ali Alatas, Indonesien möchte **Reisimporte aus Thailand mit Flugzeugen** aus eigener Produktion bezahlen. Im letzten Jahr hatte Indonesien etwa 200.000 Tonnen Reis aus Thailand importiert. (BPW 20.1.95 S.2)

Weitere 6.000 thailändische Gastarbeiter werden nach Angaben des israelischen Botschafters in Bangkok Arbeitsgenehmigungen **in Israel** bekommen. Zur Zeit arbeiten etwa 12.000 thailändische Gastarbeiter vornehmlich im landwirtschaftlichen Bereich in Israel. Der Bedarf Israels an ausländischen Arbeitskräften ist wegen der Einschränkungen von Arbeitsgenehmigungen für Palästinenser erheblich gewachsen. (BPW 17.2.95 S.2)

Seit Anfang des Jahres 1995 kann **in Thailand** jeder an das internationale Netzwerk von Computern, **INTERNET**, über zwei Firmen angeschlossen werden. Vorher war das technisch nur mit einigen Schwierigkeiten und über Netzwerke in anderen Ländern möglich. (BPW 30.12.94 S.19)

U-Boote für die Marine

Die thailändische Marine beabsichtigt den Kauf von zwei mittelgroßen U-Booten innerhalb der nächsten 10 Jahre. Der Verteidigungsminister unterstützt dieses Vorhaben, solange der Kauf keine zusätzlichen Haushaltsmittel in Anspruch nehmen würde. Etwa US\$ 680 Mio. für den Kauf von zwei U-Booten zu je US\$ 240 Mio. erforderlich und US\$ 200 Mio. für Bewaffnung sowie Ausbildung von 200 Matrosen. Die Marine will die U-Boote durch Rücklagen aus ihrem regulären jährlichen Haushalt von US\$ 720 Mio. in den nächsten sieben Jahren finanzieren. Die Marineführung ist sich sicher, daß das Kabinett den Plänen zustimmen wird. Das Außenministerium

soll informell bereits seine Zustimmung zum Kauf signalisiert haben.

Der Kauf von U-Booten sei von strategischer Bedeutung, wird betont. Über 90% der importierten Waren kommen über den Golf von Thailand, dessen Zugang so schmal ist, daß Frachtschiffe durch ein einziges U-Boot am Zugang gehindert werden könnten. Ferner sollen sie angesichts der wachsenden Konkurrenz um die Nutzung von Rohstoffen aus dem Meer für Sicherheit sorgen. Die Marine beobachtet aufmerksam die Auseinandersetzungen über die Spratley Inseln, an der China, Taiwan, die Philippinen, Vietnam, Malaysia und Brunei beteiligt sind.

Die U-Boote sollen aber keine Bedrohung der Nach-

barländer bedeuten. Allerdings wird hervorgehoben, daß Indonesien bereits über U-Boote verfüge, Singapur gebrauchte U-Boote bis 1998 von Deutschland kaufe und Malaysia in der Zeit von 1996 bis 2000 sich ebenfalls U-Boote zulegen wolle.

Pranitan Wattanayakorn vom Institute of Security and International Studies in Bangkok sieht in dem Kauf eine weitere Steigerung des Rüstungswettlaufs in der Region.

Das Komitee für wirtschaftliche Entwicklung empfiehlt, den Kauf im Tausch mit landwirtschaftlichen Produkten aus Thailand abzuwickeln. Noch scheint nicht klar zu sein, wo die Marine die U-Boote kaufen wird.

vgl. BPW 3. S.20, 10. S.4, 24.2.95 S.3

Zulauf für PULO in Südthailand

Die muslimische Pattani United Liberation Organisation (PULO) soll in letzter Zeit stärkeren Zulauf an Mitgliedern haben. Nach Angaben des thailändischen Generalkonsuls in Kota Baru, Dusit Chantasen, wollen immer mehr thailändische Muslime Mitglieder der PULO werden, weil der Mitgliedsausweis angeblich ermöglicht, in Malaysia zu arbeiten, ohne von der Polizei verhaftet zu werden.

Laut Berichten von ehemaligen PULO Mitgliedern, war der PULO-Mitgliedsausweis eine Art Paß, der in bestimmten Gebieten Malaysias akzeptiert wird und den Umgang mit den Behörden erheblich vereinfacht, selbst bei der Suche nach Arbeit. Es gibt angeblich 13 Verbindungsbüros der PULO im nordöstlichen Bundesstaat der malaiischen Halbinsel, Kelantan.

Dusit schlug vor, einen offiziellen Verein für Thais in Kelantan mit Unterstützung des Außenministeriums zu gründen, der Aktivitäten für Thais in Malaysia organisiert. Die Thais in Malaysia sollten nicht daß Gefühl haben, von der thailändischen Regierung nicht wahrgenommen zu werden.

In der Woche zuvor hatte die malaysische Regierung verlauten lassen, daß sie scharf gegen separatistische thailändische Muslime vorgehen würde, die terroristische Aktionen von malaysischem Boden gegen Thailand unternehmen

würden. Führende Köpfe separatistischer Organisationen wie PULO, Barisan Revolusi Nationale (BRN) und der Mudschahedin leben in Malaysia.

vgl. BPW 27.1. S.1, 3.2.95 S.6

Demonstration für Entschädigung

Über 600 Dorfbewohner besetzten am 27.11.94 den Pak Moon Staudamm im Distrikt Khong Chiam. Sie beseitigten eine 500 m lange Absperrung vor dem Damm und marschierten auf die Dammkrone, Frauen und Kinder vorneweg, eine Buddha-Figur, die Nationalflagge und ein Portrait des Königspaares in den Händen haltend. Außerdem hatten die Demonstranten Zelte mit.

Studentische Aktivisten warfen der Regierung und dem Provinzgouverneur vor, das Los der vom Bau des Pak Moon Stausee Betroffenen nicht zu beachten. Sie kritisierten, daß die von der Elektrizitätsgesellschaft EGAT gezahlte Entschädigung an die Fischer mit jährlich 10.000 Baht über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren zu niedrig sei und forderten jährlich 35.000 Baht über drei Jahre.

Polizei wurde vorerst nur zum Schutz des Kraftwerkgebäudes eingesetzt. Von höchster Stelle wurden Anweisungen gegeben, Zusammenstöße mit den Demonstranten zu vermeiden.

vgl. BPW 9.12.94 S.3

Hotelkette Kempinski von Dusit-Gruppe übernommen

Die große deutsche Hotelgruppe, Kempinski, wurde am 5.12.94 durch die Übernahme eines 83 % Anteils zum Preis von US\$ 165 Mio. von der thailändischen Dusit-Thani-Gruppe übernommen. Die übrigen 17 % sind an der Frankfurter Börse in Streubesitz. Bis dahin teilten sich mehrheitlich das Frankfurter Unternehmen Advanta Management und ferner Lufthansa und der Schweizer Rolaco Investments die Anteile. Advanta Management war bei diesem Verkauf federführend und hatte ursprünglich die Vorstellung vom Verkauf an ein Konsortium verschiedener asiatischer Firmen. Ein Verkauf an US-amerikanische Unternehmen kam trotz anfänglicher Verhandlungen nicht in Frage, da diese die Identität der Kempinski Hotels aufgelöst hätten. Außer in Deutschland besitzt und unterhält Kempinski Hotels in mehreren osteuropäischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern.

Die Dusit Gruppe hat 37 Hotels in Thailand, Indonesien und den USA. Sie verspricht sich durch den Einstieg in eine große europäische Hotelgruppe einen besseren Zugriff auf den europäischen Markt, insbesondere auch auf die Deutschen Touristen.

vgl. BPW 9., S.25, 16.12.94 S.19, 27.1.95 S.19

Die Situation der Frauen in Thailand: Veränderungen 1994

Die in Thailand bestehende Diskrepanz zwischen einer starken ökonomischen Beteiligung der Frauen einerseits und ihrer geringen politischen Partizipation andererseits konnte sich natürlich auch innerhalb eines Jahres nicht wesentlich verbessern. Doch immerhin gibt es mehrere positive Anzeichen. So wurde die Anzahl der weiblichen Kabinettsmitglieder bei der jüngsten Umbildung von 1 auf 3 erhöht: Neben der bereits seit 1993 im Kabinett vertretenen stellvertretenden Gesundheitsministerin (Democrat Party) stellt die Palang Dharma Party (PDP) eine Frau im Ministerium des Premierministerbüros, Pimpa Chanprasong, und die stellvertretende Ministerin im Transport- und Kommunikationsministerium, Sudarat Keyuraphan. Letztere bekleidet seit September 1994 außerdem als erste Frau den Posten der Generalsekretärin einer thailändischen Partei. Sudarat Keyuraphan ist zudem Mitinitiatorin der "Women in Thai Politics Group", einer Gruppe von etwa 200 Frauen, die sich 1994 mit dem Ziel gegründet hat, die Rolle von Frauen in der Politik zu verstärken.

Trotz dieser kleinen Fortschritte auf nationaler Ebene stellt sich die Frage, wie der Anteil der politisch aktiven Frauen von derzeit weit unter 10 % im Kabinett und Parlament deutlich erhöht werden kann. Die weiblichen Abgeordneten sind dabei ziemlich einhellig der Meinung, daß die bloße Verabschiedung einer wie auch immer ausgestalteten Quotenregelung, wie dies in verschiedenen europäischen Parteien praktiziert wird, das Problem nicht lösen kann, da es dafür an einer ausreichenden Zahl qualifizierter Frauen fehlt. Noch immer meint ein Großteil der Bevölkerung, Männer wie Frauen, Politik sei ein schmutziges Geschäft und damit für Frauen ungeeignet. Gleichzeitig allerdings mehren sich die Stimmen – wiederum beiderlei Geschlechts –, die sich mit einer höheren Beteiligung von Frauen in der Politik auch eine "Säuberung" erhoffen.

Auf der lokalpolitischen Ebene liegt der größte sicht-

bare Gewinn für Frauen sicherlich darin, daß 1994 weitere 406 Verwaltungsangestellte zu Stellvertretenden Bezirksleiterinnen (Assistant District Officer) ernannt worden sind. Dies geschah im Rahmen der *non-discriminatory policy* des Department for Local Administration (DOLA). Dieses begann im letzten Jahr mit der Aufhebung eines 15 Jahre lang gültigen Kabinettsbeschlusses, nach dem Frauen zu dieser Position nicht zugelassen werden sollten. Zwar hat es sich bei der Ernennung der Stellvertretenden Bezirksleiterinnen eher um eine schlichte Umbenennung der Arbeitsplatzposition gehandelt, doch ebnet dieser formale Schritt grundsätzlich den Frauen die Möglichkeit, weiter in den lokalen Verwaltungsstrukturen aufzusteigen.

Die Debatte um eine weitere Dezentralisierung der lokalen Verwaltungsstrukturen wird auch von aktiven Frauengruppen und interessierten Akademikerinnen mit Interesse und Engagement unterstützt. Sie fordern gleichzeitig eine Machtteilung zwischen den Geschlechtern, die angesichts der extrem niedrigen Beteiligung von Frauen auf den "unteren" Verwaltungsebenen (Dorfrat und Bezirksrat) von unter 2 % auch mehr als nötig ist.

International dürften die thailändischen Frauen dadurch etwas mehr in den Blickpunkt gerückt sein, daß Anfang 1994 die ehemalige Ministerin und Parlamentsabgeordnete Supatra Masdit als Mitveranstalterin des NRO-Forums der Weltfrauenkonferenz nächstes Jahr in Peking ernannt wurde. Auch die für den asiatisch-pazifischen Raum zuständige Koordinatorin der NROs ist eine Thai, Sumalee Chartikanvanij. Die Vorbereitungen der thailändischen Frauenorganisationen auf diese Konferenz sind leider – wie in anderen Ländern wohl auch – wenig koordiniert: Die staatliche Frauenkommission (National Commission on Women Affairs) hat ihren Bericht zur Situation der Frauen in Thailand weitgehend ohne Input der verschiedenen NROs abgegeben. Unterschiedliche NRO-Vorbereitungsgruppen

zeigen die Diskrepanz zwischen denjenigen zum Ausdruck, die eher aktivistisch, und jenen, die wohlfahrtsorientiert und sich aus Vertreterinnen der höheren Mittel- und Oberschicht zusammensetzen. Eine echte Koordination und Diskussion läßt das hiesige Hierarchiedenken nicht zu.

Frauen stellen mittlerweile ca. die Hälfte der Industriebeschäftigten. Dabei ist ihre Anteil in den 10 wichtigsten Exportindustrien besonders hoch: Sie stellen dort ca. 90 % der Arbeitskräfte. Neben allen positiven Auswirkungen bezüglich der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in diesem Bereich, muß erwähnt werden, daß Frauen – trotz der arbeitsrechtlichen Bestimmung gleicher Bezahlung für Männer und Frauen – dort erheblichen Diskriminierungen, aber auch gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind. So starben beispielsweise 13 ArbeiterInnen, die in der Exportproduktionszone "Northern Region Industrial Estate" in elektronischen Fabriken beschäftigt waren, vermutlich an Metallvergiftungen.

Eine Reihe der Arbeitsplätze für Frauen in der Industrie ist durch den stattfindenden Strukturwandel gefährdet. Es fehlt ihnen an Ausbildung, um andere Arbeitsplätze einnehmen zu können. ExpertInnen gehen daher davon aus, daß sich eine große Anzahl der freigesetzten Arbeiterinnen in die berufliche Selbständigkeit retten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

In Bangkok beträgt die Anzahl der im informellen Sektor beschäftigten Menschen bereits ca. 60 %, wovon der größte Teil Frauen sind. Weiterhin landen viele der Migrantinnen aus dem ländlichen Bereich in diesem Sektor. Diejenigen, die im ländlichen Raum bleiben, verdienen fast ausnahmslos einen großen Teil des Familieneinkommens in nicht-landwirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere mit Webarbeiten.

Insgesamt haben demnach die Frauen in Thailand weiterhin wenig Möglichkeiten, an der Gestaltung des demokratischen Wandlungsprozesses aktiv teilzunehmen. Dies hat auch negative Auswirkungen auf ihre ökonomische Situation. Hinzu kommen Beschäftigungsprobleme für Frauen als Folge des wirtschaftlichen

Kurzmeldungen

Jahreskalender mit nackten, jungen Frauen sind in den letzten Jahren als Werbegeschenk immer populärer geworden. Sie werden als wirksame Form gesehen, Produkte besser zu verkaufen. (BPW 23.12.94 S.19)

Ein **Deutscher** mit Namen Karl-Heinz B. wurde in Bangkok wegen **sexuellen Mißbrauchs** von minderjährigen Jungen **verhaftet**. Als die Polizei sein Apartment aufsuchte, fanden sie ihn mit 4 Jungen unter 15 Jahren. Er soll sie von der Straße geholt und ihnen zwischen 50 und 100 Baht (DM 3 – 6) für sexuelle Spiele gezahlt haben. (16.12.94 S.5)

Das Ziel der **Wiederauf-**forstung von 5 Mio. Rai Land bis zum 50. Geburtstag des Königs von Thailand 1996 wird nach Auskunft des Landwirtschaftsministers am 18. Januar **nicht erreicht** werden. (27.1.95 S.20)

Chinesisch (Mandarin) wird in Zukunft eine immer **wichtigere Sprache für Thais**. Das trifft insbesondere in der Unterhaltungsbranche bei Musik und Film zu, für die das chinesisch-sprachige Publikum zu einem immer wichtigeren Kunden wird. (BPW 10.2.95 S.15)

Wegen des anhaltenden Verkehrschaos auf den Straßen Bangkoks hat das Bangkok General Hospital zwei **Kranken-Motorräder** mit Ausrüstung für Notereinsatz **eingesetzt**, die trotz verstopfter Straßen zu den Unfallstellen gelangen könnten. (BPW 23.12.94 S.1)

Die Westdeutsche Landesbank (**WestLB**) hat ein **Vertretungsbüro** in **Bangkok eröffnet**. Sie will dadurch ihre Kreditgeschäfte in Thailand erweitern und plant für 1996 den Ausbau der Repräsentanz zu einer Zweigniederlassung. (BPW 24.2.95 S.12)

Strukturwandels.

Anne Seyfert, entnommen aus: *News-paper Articles on Women Issues in Thailand, Oct.-Dec. 1994, hg. v. Friedrich Ebert Stiftung, Bangkok Office*